

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 12. August 2014**Bericht und Prognose zur Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen****A. Problem**

Die Zahl der AsylantragstellerInnen in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Monaten erneut erheblich erhöht. Im ersten Halbjahr des Jahres 2014 haben bundesweit 77.109 Personen in Deutschland Asyl beantragt (67.441 Asylerstanträge und 9.668 Folgeanträge). Im Vorjahr sind im gleichen Zeitraum 48.524 Anträge gestellt worden. Das entspricht für 2014 einer Steigerung gegenüber 2013 von knapp 60%.

Das Bundesinnenministerium hat am 18.07.2014 erklärt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) große Anstrengungen unternehme, um mit der steigenden Zahl der Asylanträge Schritt zu halten. Dennoch waren am 30. Juni 2014 Erstverfahren von 102.847 Personen noch nicht vom Bundesamt entschieden. Insgesamt stieg die Zahl der anhängigen Asylverfahren auf 112.873 Personen an (2013: 67.583 anhängige Verfahren). Aufgrund dieses Bearbeitungsstaus liegen die Zahlen in den Statistiken des BAMF hinter den tatsächlichen Zugangszahlen. Derzeit erstellt das BAMF eine neue Prognose der Zugangszahlen bis zum Jahresende.

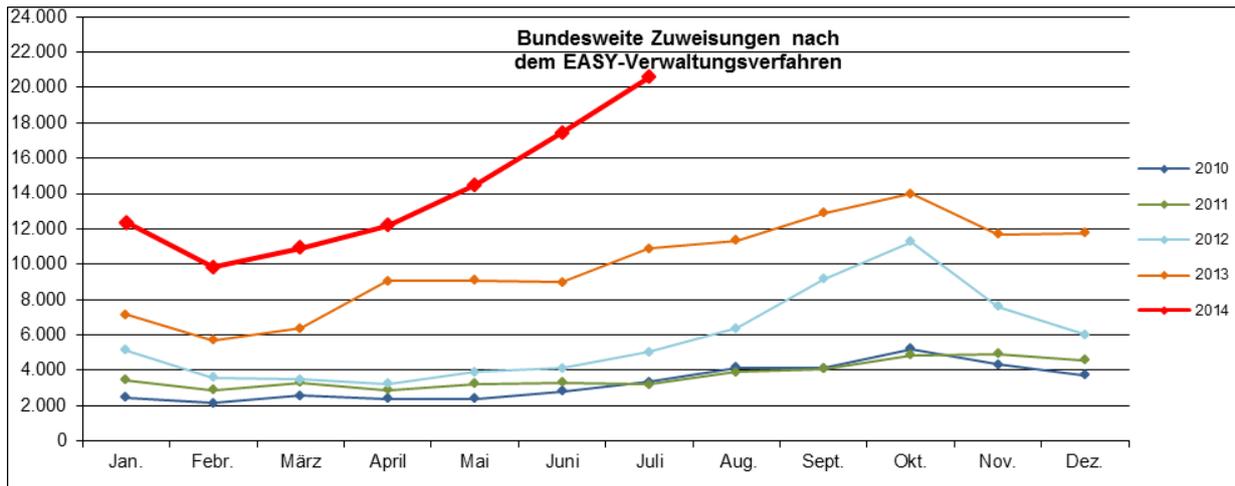
Die bundesweiten Zugangszahlen nach der sogenannten Easy-Statistik (in die Bundesrepublik einreisende Personen) des BAMF, die für die Planungen des Ressorts gegenüber den übrigen BAMF-Statistiken die validere Grundlage bildet, zeigt Tabelle 1.

Tabelle 1: Bundesweite Zuweisungen nach dem EASY-Verwaltungsverfahren 2010-2014

| Jahr | Jan. | Febr. | März | April | Mai | Juni | Juli | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. | Gesamt | +/- % |
|----------------|--------|-------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|-------|
| Zuw.-EASY 2010 | 2.453 | 2.132 | 2.577 | 2.377 | 2.373 | 2.814 | 3.337 | 4.135 | 4.122 | 5.204 | 4.316 | 3.734 | 39.574 | |
| Zuw.-EASY 2011 | 3.445 | 2.884 | 3.300 | 2.882 | 3.228 | 3.297 | 3.210 | 3.915 | 4.081 | 4.859 | 4.924 | 4.583 | 44.608 | 13% |
| Zuw.-EASY 2012 | 5.128 | 3.589 | 3.497 | 3.246 | 3.889 | 4.125 | 5.042 | 6.384 | 9.143 | 11.265 | 7.593 | 6.021 | 68.922 | 55% |
| Zuw.-EASY 2013 | 7.147 | 5.694 | 6.371 | 9.048 | 9.078 | 8.982 | 10.892 | 11.332 | 12.899 | 13.986 | 11.695 | 11.759 | 118.883 | 72% |
| Zuw.-EASY 2014 | 12.356 | 9.822 | 10.919 | 12.185 | 14.466 | 17.443 | 20.560 | | | | | | 97.751 | |
| +/- % * | 73% | 72% | 71% | 35% | 59% | 94% | 89% | | | | | | | |

Quelle: Zahlen der Easy-Statistik des BAMF

* Steigerung in % zum Monat des Vorjahres



Bremen muss 0,93 % der in die Bundesrepublik einreisenden Personen aufnehmen, davon werden 20 % in Bremerhaven und 80 % in der Stadtgemeinde Bremen zugewiesen.

Von Januar bis Juli 2014 sind im Land Bremen 915 (2013: 498) AsylersantragstellerInnen aufgenommen worden. Hiervon wurden 170 Personen (2013: 105) Bremerhaven zugewiesen, so dass in der Stadtgemeinde Bremen 745 Personen (2013: 393) verblieben sind. Hinzu kommen 110 (2013: 85) AsylfolgeantragstellerInnen, die der Stadt Bremen zugewiesen wurden. Für die Stadt Bremen bedeutet dies im Saldo 855 Neuzugänge (2013: 478) von Januar bis Juli 2014.

Von diesen 855 Neuzugängen konnten im gleichen Zeitraum 483 Personen (2013: 143) durch die vom Ressort in Zusammenarbeit mit Freien Trägern und Wohnungsbaugesellschaften verstärkte Vermittlung in Wohnungen untergebracht werden. Inklusive weiterer Abgänge aus dem Unterbringungssystem beträgt der Saldo + 295 Personen von Januar bis Juli 2014 (2013: 271), die in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden müssen. Davon entfallen allerdings fast ein Drittel, nämlich 95 Personen alleine auf den Juli 2014.

Zu den Hauptherkunftsländern im ersten Halbjahr 2014 zählen Syrien, Serbien, Afghanistan, Eritrea, Albanien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Damit ist es gegenüber der Situation im ersten Halbjahr 2013 zu einer Veränderung gekommen. 2013 waren die Hauptherkunftsländer noch: die Russische Föderation, Syrien, Afghanistan, Iran, Serbien, Pakistan und Irak. Eine Rückkehr oder eine Rückführung in diese Länder wird absehbar kaum möglich oder zu erwarten sein, so dass in den meisten Fällen von einem mehrjährigen bzw. dauerhaften Aufenthalt dieser Personen auszugehen ist.

Auch die Anzahl der einreisenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF), für die es keinen bundesweiten Verteilungsschlüssel gibt, ist im Land Bremen seit 2013 deutlich angestiegen. Bereits im ersten Halbjahr 2014 kamen 119 umF nach Bremen, in 2013 waren es im gesamten Jahr noch 157 umF. Alleine im Juli 2014 gab es im Land Bremen 38 Neuzugänge, davon wurden 29 umF in der Jugendhilfe aufgenommen. Am 30. Juli 2014 befanden sich in der Stadt Bremen 333 umF in der Jugendhilfe. Bis zum Jahresende kann sich diese Zahl auf bis zu 500 Fällen in der Jugendhilfe erhöhen.

Trotz massiver, gemeinsamer Anstrengungen zur Schaffung von weiteren Unterkünften für Flüchtlinge und einer kontinuierlich erfolgreichen Vermittlung von Flüchtlingen in Wohnraum sind derzeit alle zur Verfügung stehenden Einrichtungen vollständig belegt. Die Zentrale Aufnahme-stelle (ZAST) kann ab sofort keine weiteren Personen mehr aufnehmen.

Bisher wurden seit 2013 506 neue Plätze in Übergangwohnheimen geschaffen (neue Unterkünfte in 2013: 55 Plätze in Mitte und 90 Plätze in der Vahr; neue Unterkünfte im ersten Halbjahr 2014: 95 Plätze in Gröpelingen, 50 Plätze in Mitte, 56 Plätze in Osterholz, 40 Plätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Horn-Lehe und 120 Plätzen in Hemelingen).

Die Fertigstellung weiterer für Sommer 2014 geplanter Übergangwohnheime in Walle und in Vegesack mit insgesamt 220 Plätzen wird sich wegen bundesweiter Lieferschwierigkeiten für Mobilbauten bis November/Dezember 2014 verzögern.

In dieser Situation – steigende Zugänge auf der einen, Verzögerungen bei der Fertigstellung von Übergangwohnheimen – erfolgte umgehend die Suche nach geeigneten Grundstücken für die Schaffung von Notunterkünften durch die Aufstellung von Einfachcontainern. Im September werden die zuständigen Beiräte über 3 weitere Standorte entscheiden (Osterholz-Tenever mit 120 Plätzen, Horn-Lehe mit 80 Plätzen und Borgfeld mit 40 Plätzen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge).

Weitere in Umsetzung befindliche Unterkünfte werden voraussichtlich im Dezember in Mitte (60 Plätze), in der Östlichen Vorstadt (120 Plätze), in Schwachhausen (60 Plätze) und im Februar 2015 in Obervieland (170 Plätze) fertiggestellt sein.

Auch die Schaffung neuer Wohngruppen und Unterkünfte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge konnte mit den Zugängen nicht Schritt halten. Der Bezug der neuen Clearingstelle in Hemelingen (Stresemannstraße) für 35 umF wird voraussichtlich Ende September erfolgen.

Prognose:

Auf der Grundlage der bisherigen Zugangszahlen muss davon ausgegangen werden, dass bis Ende des Jahres bis zu 500 Flüchtlinge untergebracht werden müssen. Auch diese Prognose ist noch mit einer gewissen Unsicherheit verbunden, da die zurückliegenden Hochschätzungen des BAMF die Entwicklungen in den jeweiligen Vormonaten zwar stets berücksichtigt haben, sie aber dennoch hinter der tatsächlichen Entwicklung zurückgeblieben sind.

Es ist weiterhin davon auszugehen, dass bis Ende 2014 für bis zu 100 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge neue Unterbringungsplätze geschaffen werden müssen.

B. Lösung

- Um die ZASt in der Steinsetzer Str. zu entlasten, wird kurzfristig die Einrichtung einer Außenstelle als Landeseinrichtung für die Erstaufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geprüft. Die Trägerschaft könnten die AWO und das Amt für Soziale Dienste gemeinsam übernehmen. Ein Konzept wird derzeit erstellt. Mit Unterstützung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft werden hierfür Räumlichkeiten für eine Übergangszeit von ca. 5 Monaten gesucht. Zeitgleich wird nach einem langfristigen Standort für eine solche Landeseinrichtung gesucht.
- Bei bestehenden Einrichtungen für umF erfolgt wo möglich sukzessive eine dichtere Belegung. Die Belegung von freien Plätzen in den Jugendhilfeeinrichtungen erfolgt umgehend.
- Mit Unterstützung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und des Senators für Inneres und Sport wird unter Hochdruck nach geeigneten Sport- oder Turnhallen für eine kurzfristige und befristete Notaufnahme von Flüchtlingen bis maximal zum Jah-

resende 2014 gesucht.

- Gleichzeitig wird geprüft, welche weiteren Unterbringungsmöglichkeiten im Bremischen Stadtgebiet kurzfristig verfügbar werden können.
- Die schnelle Einrichtung solcher Notunterkünfte kann durch die Katastrophenausstattung des DRK erfolgen
- Die Bestellung der zu mietenden, einfachen Wohncontainer für die Grundstücke in Osterholz-Tenever, in Horn-Lehe und in Borgfeld erfolgt unverzüglich, um eine Anlieferung bis Mitte Oktober sicherzustellen.

C. Alternativen

Keine. Das Land und die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven haben ihre gesetzlichen Unterbringungsverpflichtungen zu erfüllen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die beschriebenen Maßnahmen erhöhen die konsumtiven und investiven Bedarfe, die bislang für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen hochgeschätzt worden sind. Durch die Inobhutnahme der umF werden sich zudem die Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung (HzE) weiter erhöhen, die jedoch zeitversetzt durch Kostenträgerschaft anderer überörtlicher Träger der Jugendhilfe wieder ausgeglichen werden.

Durch die zunehmenden Fallzahlen steigt der Personalbedarf in der ZAST sowie in den für die Fallbearbeitung zuständigen Sozialzentren. Für die geplante, ausschließlich für umF vorgesehene Außenstelle der ZAST ist weiteres Personal im Amt für soziale Dienste erforderlich.

Die anfallenden Mehrbedarfe werden derzeit berechnet und im Controllingbericht, der am 29. August 2014 vorzulegen ist, dargestellt. Notwendige Investitionen werden mit den veranschlagten Mitteln finanziert, die ursprünglich für die im weiteren Jahresverlauf zu realisierenden Objekte eingeplant waren. Die sich insgesamt ergebenden weiteren erforderlichen konsumtiven, investiven und personellen Bedarfe werden dem Senat bis zu seiner Sitzung am 30. September 2014 in einer gesonderten Vorlage dargestellt.

Die beschriebenen Maßnahmen betreffen Frauen und Männer. Die Gruppe der umF besteht zum ganz überwiegenden Teil aus Männern.

E. Beteiligung und Abstimmung

Aufgrund der hohen Dringlichkeit der Situation war eine umfassende Beteiligung im Vorfeld nicht möglich. Eine Beratung mit der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen erfolgte im Rahmen der Staatsräte-AG zu den Sozialleistungen am 8. August 2014.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen vom 7. August 2014 die Darstellung zum weiterhin steigenden Zugang durch Flüchtlinge sowie die Planungen der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zu ihrer Unterbringung zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um trotz der angespannten Situation auch in den nächsten Monaten eine menschenwürdige und sichere Unterbringung der Flüchtlinge zu gewährleisten. Er bittet alle Ressorts, die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen hierbei zu unterstützen. Die Kommunikation mit Beteiligten und möglicherweise Betroffenen vor Ort ist frühestmöglich zu gewährleisten.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, für seine Sitzung am 30. September 2014 einen Bericht vorzulegen, in dem – basierend auf der derzeitigen Zugangsentwicklung und einer daraus abgeleiteten Prognose für die kommenden Monate – finanzielle und personalwirtschaftliche Erfordernisse im Bereich der Unterbringung, Betreuung und schulischen Bildung dargestellt werden.